

Medienkonferenz zum Budget 2008

Mittwoch, 26. September 2007, 10.00 Uhr, Grosses Sitzungszimmer der FKD

Referat von Yvonne Reichlin-Zobrist, Finanzverwalterin

Details zum Budget 2008

F Entwicklung des Stellenbestands und des Personalaufwands

Folie 8 zeigt, dass der Stellenbestand insgesamt gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt um 11.5 Stellen abnimmt. Die Abnahme ist unter anderem das Ergebnis der Auslagerung der Rheinhäfen (-9.4 Stellen) und der Überführung von Stellen aus dem Tiefbauamt in die neu zu schaffende Aktiengesellschaft für den Betrieb und den Unterhalt der Nationalstrassen (-38 Stellen). In den Sekundarschulen und Gymnasien / Fachmaturitätsschulen führt die Abnahme der Anzahl Schüler dazu, dass weniger Klassen geführt und Stellen aufgehoben werden (-9.9 Vollstellen). Dank der sinkenden Arbeitslosigkeit nimmt der Bedarf an arbeitsmarktlichen Massnahmen ab und die vom Bund refinanzierten Stellen reduzieren sich um 9.

Es gibt in der Verwaltung aber auch Bereiche, die zusätzliche Stellen benötigen: Aufgrund der steigenden Fallzahlen (vor allem Sozialversicherungsrecht, Statthalteramt Sissach) werden bei den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden 8.5 zusätzliche Stellen geschaffen. In den Spitalbetrieben werden zusätzlich 40.6 Stellen benötigt, da im Jahr 2008 mehr Pflage tage und ambulante Leistungen erbracht werden sollen. In der Finanz- und Kirchendirektion werden in der Steuerverwaltung (+2), im Personalamt (+3) und in den zentralen Informatikdiensten (+2) zusätzliche Stellen geschaffen. Die Bildungs- und Kulturdirektion benötigt zusätzliche Stellen im Bereich der Archäologie.

Im Soll-Stellenplan im engeren Sinn, d.h. bei den Stellen, welche der Regierungsrat tatsächlich steuern kann, ist ein Zuwachs von 6 Stellen zu verzeichnen, wenn man die Stellenverschiebungen aufgrund der Auslagerungen ausnimmt. Damit wird die

Plafonierung des Stellenbestands auch im Budget 2008 weitergeführt. Es ist das Bestreben des Regierungsrates, neue Aufgaben mit Effizienzsteigerungen und Rationalisierungen, beispielsweise mit Anpassungen an den Informatiksystemen, aufzufangen.

Der Personalaufwand nimmt gegenüber dem Vorjahresbudget insgesamt um 2.2 Prozent oder 20.1 Mio. Franken zu. Für den Teuerungsausgleich wird von einer Teuerung von 1 Prozent ausgegangen.

G Details zur Aufwandseite

Folie 9

Der **Sachaufwand** wird stark beeinflusst durch die Leistungssteigerungen im Spitalbereich, die einen höheren Bedarf an medizinischem Verbrauchsmaterial nach sich ziehen. Der bauliche Unterhalt im Hoch- und Tiefbau wird auf ein nachhaltiges Niveau erhöht, im Informatikbereich resultiert projektbedingt ebenfalls eine Zunahme (zum Beispiel Einführung eines neuen EDV-Systems für das Personal- und das Finanzwesen).

Die Werkhöfe werden im Rahmen der NFA an den Bund übertragen, was dazu führt, dass die entsprechenden **Abschreibungen** wegfallen.

Die **Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung** an andere Gemeinwesen nehmen zu, da zum ersten Mal der Beitrag an den Ressourcenausgleich (15 Mio. Franken) und den Härteausgleich (4.3 Mio. Franken) im Rahmen der NFA anfällt. Zudem wächst der ungebundene Finanzausgleich an die Gemeinden parallel zum Steueraufkommen.

Eigene laufende Beiträge: Aufgrund der Neuen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen gibt es in dieser Kontengruppe massgebliche Verschiebungen. Die Kantonsbeiträge an die AHV und IV im Umfang von 130.7 Mio. Franken fallen weg. Die Beiträge an die Ergänzungsleistungen AHV / IV nehmen um 46 Mio. Franken zu. Der IV-Bereich (Heime und IV / Sonderschulen) sowie Institutionen für behinderte Erwachsene werden neu durch die Kantone finanziert (26.8 Mio. Franken und 47.7

Mio. Franken Mehraufwand). Auf der anderen Seite fallen das unverzinsliche Darlehen an die Uni (30 Mio. Franken) und die Anschubfinanzierung für das ETH-Institut für Systembiologie (5 Mio. Franken) weg.

Die **Einlagen in Spezialfinanzierungen** nehmen zu, da für zukünftige Bereinigungen von Altlasten im Umweltbereich eine Rückstellung von 15 Mio. Franken gemacht wird.

H Details zu den Erträgen

Folie 10 Steuererträge

Die günstige Konjunkturlage wirkt sich auf die Ertragsseite positiv aus, so dass die Unternehmenssteuerreform im Kantonshaushalt finanziell verkraftbar ist. Trotz der Steuerentlastungen aus der Unternehmenssteuerreform (Entlastung der Unternehmen um 69 Mio. Franken bzw. 76 Mio. Franken nach der Übergangsphase (Staats- und Gemeindesteuer) resultiert eine Zunahme des gesamten Steuerertrags von 37 Mio. Franken oder 2.7 Prozent. Das laufende Jahr zeigt, dass die Erträge im Jahr 2007 in verschiedenen Positionen konjunkturbedingt über dem Budget liegen werden. Diese Erwartungswerte sind ins Budget 2008 eingeflossen, so dass gegenüber den Budgetwerten 2007 teilweise hohe Zuwachsraten resultieren.

Dies ist der Fall bei der Einkommens- (+4 %) und Vermögenssteuer (+11 %) sowie bei der Grundstückgewinn- (+21.4 %) und Handänderungssteuer (+10.3 %). Bei der Einkommenssteuer ist der Ertragsausfall aus der Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung (5 Mio. Franken) berücksichtigt. Die Unternehmenssteuerreform führt bei den Unternehmen im Jahr 2008 insgesamt zu einer Entlastung von 69 Mio. Franken. Dieser Einnahmefall kann im Kantonshaushalt durch das hohe Ertragsaufkommen teilweise bereits wieder kompensiert werden. Bei der Ertrags- und Kapitalsteuer resultiert gegenüber dem Vorjahr denn auch lediglich eine Abnahme von 27 Mio. Franken. Die Steuerausfälle aus der Steuergesetzreform werden aufgrund der Konjunkturlage auch in den Gemeindehaushalten gut verkraftbar sein.

Entlastungen der Unternehmen und Unternehmerschaft Jahr 2008

	Kanton	Gemeinden	Differenz Budget 2008 zu Budget 2007
Milderung wirtschaftliche Doppelbelastung (Einkommenssteuer nat. Personen)	5 Mio.		-5 Mio.
Ertragssteuer	54 Mio.		-45.5 Mio.
Kapitalsteuer	5.3 Mio.		-4.5 Mio.
		5 Mio.	
TOTAL	64.3 Mio.	5 Mio.	-55.0 Mio.

Folie 11

Regalien und Konzessionen: Mit der NFA wird der den Kantonen zufallende Anteil am Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank neu nur noch unter Berücksichtigung der Wohnbevölkerung verteilt. Das Kriterium der Finanzkraft entfällt. Der Gewinnanteil für den Kanton Basel-Landschaft fällt daher um 12.4 Mio. Franken höher aus als im Vorjahr.

Die **Vermögenserträge** nehmen ab, da die Baurechtszinsen durch die Fusion der Rheinhäfen wegfallen (-5.4 Mio. Franken). Diese Ausfälle werden kompensiert durch höhere Kontokorrentzinsen (3.1 Mio. Franken) und einem höheren Anteil am Reingewinn der BLKB (+3 Mio. Franken).

Entgelte: Die Entwicklung der Entgelte ist stark geprägt durch die Erträge aus Pflgetaxen und Erträge aus medizinischen Leistungen (16.3 Mio. Franken; Erträge aus Arzthonoraren: +1.9 Mio. Franken). Aufgrund der Ausgliederung des Rheinhafens resultiert ein einmaliger Aufwertungsgewinn von 14 Mio. Franken, die Erträge aus Hafengebühren fallen weg (5.1 Mio. Franken).

Die Verkehrsbussen werden aufgrund der Tempoerhöhung im Arisdorf-Tunnel sowie der seit Jahren feststellbaren tendenziell rückläufigen Entwicklung der Übertretungsquoten im Strassenverkehr um 4.7 Mio. Franken tiefer budgetiert.

Die Gebühren für Amtshandlungen nehmen insgesamt um 4.9 Mio. Franken zu.

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung: Der Ertragsrückgang von 40.6 Mio. Franken ist auf den reduzierten Anteil an der Direkten Bundessteuer im Rahmen der

NFA zurückzuführen (-46 Mio. Franken). Beim Anteil an der direkten Bundessteuer entfällt die Komponente Finanzkraft. Neu müssen die Kantone 83 Prozent des Steueraufkommens an den Bund abliefern (bisher 70 Prozent). Der Anteil der Kantone am jährlichen Reinertrag der Verrechnungssteuer verdoppelt sich im Rahmen der NFA und beträgt neu 10.5 Mio. Franken.

Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen: Die Verrechnung der durch die Kantonspolizei erbrachten gemeindepolizeilichen Leistungen kann nicht wie vorgesehen durchgesetzt werden.

Laufende Beiträge für eigene Rechnung: Massgebliche Änderungen resultieren aus der Umsetzung der NFA (Wegfall der Bundesbeiträge für Nationalstrassen (-4.8 Mio. Franken), Bundesbeiträge (+19.7 Mio. Franken) und Gemeindebeiträge (+6.5 Mio. Franken) an die Ergänzungsleistungen AHV / IV, Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung (6.5 Mio. Franken)). Budgetiert ist ferner eine nachschüssige Zahlungsverpflichtung (einmalig) des Bundes bei der Prämienverbilligung von 18.3 Mio. Franken (vgl. Folie 5). Neu fällt ein Ertrag aus den Rheinhäfen an (4.2 Mio. Franken). Die Bundesbeiträge für Berufsberatung nehmen infolge einer neuen Subventionspraxis zu (+13.3 Mio. Franken).

Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds: Die im Budget 2007 enthaltene Entnahme von 30 Mio. Franken aus dem Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben zur Finanzierung des Darlehens an die Universität entfällt. Gleichzeitig werden Rückstellungen für die NFA für die rückwirkende Zahlungsverpflichtung an die IV im Umfang von 21.7 Mio. Franken aufgelöst.

K Details zu den Investitionen

Folie 12: Der Tiefbau macht mit 132.1 Mio. Franken oder 58.4 % den grössten Anteil an den Investitionsausgaben aus. Für das grösste Projekt im Tiefbau, die H2 Pratteln - Liestal, sollen im Budget 2008 45 Mio. Franken verbaut werden. Die H2 belastet den Finanzhaushalt nicht, da sie durch zweckgebundene Mehrerträge aus der Verkehrssteuer finanziert wird. Zur Gewährleistung eines nachhaltigen Unterhaltes der Strassen werden die entsprechenden Budgetpositionen erhöht.

Der Hochbau macht mit 54.5 Mio. Franken 24.1 % des Investitionsvolumens aus. Der Bau des Universitätskinderspitals beider Basel (UKBB) stellt im Jahr 2008 mit 28 Mio. Franken das grösste Bauprojekt dar. Im Jahr 2009 ist mit 33 Mio. Franken eine noch grössere Tranche vorgesehen. Die Eröffnung des neuen Kinderspitals ist für das 4. Quartal 2010 vorgesehen.

Beim Kantonsspital Bruderholz sind zwei Projekte am Laufen: Für die Sicherheitsmassnahmen 2. Etappe werden bis 2010 insgesamt 25 Mio. Franken investiert. Für den Neubau des Kantonsspitals Bruderholz sind im Budget 2008 3 Mio. Franken für Projektierungskosten vorgesehen. Die Projektierungskosten machen rund 27 Mio. Franken aus. Die grobe Planung geht von Gesamtprojektkosten von rund 390 Mio. Franken aus. Für die Finanzierung des Neubaus des Kantonsspitals Bruderholz ist eine Spezialfinanzierung geschaffen worden. Per Ende 2006 enthält der entsprechende Fonds 215 Mio. Franken, was noch nicht reicht zur Finanzierung des gesamten Projektes.

Mit dem Budget 2008 wird der Bau des Strafjustizzentrums in Muttenz in Angriff genommen. Das Gesamtprojekt beläuft sich auf 68 Mio. Franken.

Auch im Hochbau wird dem nachhaltigen Unterhalt Rechnung getragen, indem die entsprechenden Budgetpositionen nach oben angepasst werden.

Abschliessend möchte ich noch einige Anmerkungen zu den **formalen Neuerungen an der Vorlage zum Budget 2008** machen: Die Vorlage zum Budget 2008 ist ergänzt worden mit einem Anhang. Dieser enthält die Grafiken zur Entwicklung des Finanzhaushaltes im mehrjährigen Vergleich und die Finanzkennzahlen. Des weiteren ist ein Glossar enthalten, welches die technischen Begriffe erläutert. Diese Neuerungen sollen es den neuen Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie weiteren Interessierten erleichtern, sich in den öffentlichen Finanzen zurechtzufinden. Mit der Einführung der Globalbudgets in den Spitalbetrieben werden die Angaben zu den Leistungen, auf Stufe Produktegruppe, erweitert. Diese Angaben sind bei den erläuternden Bemerkungen zu den Spitalbetrieben enthalten.

Ich gebe das Wort nun zurück an den Finanzdirektor zur abschliessenden Würdigung des Budgets 2008.